

Norddeutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 19. April.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr.

Der Bundeskanzler hat eine Tabelle der Kosten über die Neubauten und die Reparaturen der Kriegsschiffe, sowie über die für den Hafenbau an der Jade gemachten Ausgaben eingelesen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag der Abgg. Schweizer, Frischi und Genossen, wegen Sistierung des Strafverfahrens gegen den Abg. Hasenclever.

Der Abg. Frischi erklärt, daß heute Morgen eine Benachrichtigung des betreffenden Gerichts eingegangen sei, wonach das Verfahren gegen Hasenclever vorläufig eingestellt worden, und daß er in Folge dessen den Antrag zurückziehe. — Hiernach ist die Angelegenheit erledigt.

Zweiter Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Antrag der Abgg. Miquel, Lasker und Gen. wegen anderweitiger Fassung der Nr. 13 des Artikels 4 der Bundesverfassung.

Der Antrag lautet: „An die Stelle der Nr. 13 des Art. 4 der Bundesverfassung tritt die nachfolgende Bestimmung: die gemeinsame Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren, einschließlich der Gerichts-Organisation.“

Der Antragsteller Abg. Miquel rechtfertigt den Antrag als formeller und materieller Beziehung. Der Vortug der norddeutschen Bundesverfassung vor andern Bundesverfassungen sei der, daß sie sich auf sich selbst zu entwickeln im Stande sei. Die Gesetzgebung der kleineren Staaten werde durch seinen Antrag durchaus nicht lahm gelegt und die Befürchtung, daß dadurch dem Einheitsstaat in die Hände gearbeitet werde, sei durch aus nicht stichhaltig. Das heilige römische Reich hatte ein einheitliches gemeinsames bürgerliches Recht und niemand werde die Behauptung wagen, daß das römische Reich ein Einheitsstaat war. Wer die Entwicklung des norddeutschen Bundes wolle, könne seinen Antrag nicht bekämpfen. Aenderte man nicht die Verfassung in ihren Grundzügen, so werde man genötigt sein, die selben fortwährend de facto zu ändern. Mache man sich nur klar, wo mehr nivelliert werde, in einem Einheitsstaate oder in einem Bundesstaate. Die Gefahr des Nivellierens und der Centralisation werde um so kleiner, je mehr die altpreussischen Traditionen allein entschieden. Je mehr die gesamte deutsche Volkskraft und die wissenschaftliche Befähigung mitwirken, um so weniger sei die Gefahr der Centralisation des Nivellierens hier im Reichstage. Wenn aber die Gefahr wirklich vorhanden wäre, so könne sie nicht abgewendet werden durch künstliche Mittel, nicht dadurch, daß die Kompetenz des Reichstages beschränkt werde; es liege im Volke selber und man müsse sich unterwerfen. Wer für den Antrag stimme, erweise dem Rechtsleben der Nation und der nationalen Entwicklung eine Wohlthat. Er empfehle seinen Antrag.

Abg. Wagener (Neustettin): Er bestreite nach allen Richtungen hin die Kompetenz des Antrages. Er behaupte, daß der Antrag die kleineren Staaten mediatisire und er wolle versuchen, dies an der Hand der Verfassung nachzuweisen. Der Artikel 23 der Verfassung enthalte die Bestimmung: „Der Reichstag hat das Recht innerhalb der Kompetenz des Bundes Gesetzes vorzuschlagen.“ Der norddeutsche Bund sei eben ein vertragmäßiges Bündniß, es beruhe auf Vereinbarungen. Der Artikel 23 habe den sehr guten Sinn, daß formulierte Anträge auf veränderte Kompetenz des Reichstages niemals von dem Reichstage ausgehen dürfen, sondern daß sie ausgehen müssen von dem Reich des Bundesraths. Es gehöre dazu nicht allein die Zustimmung des Bundesraths, sondern die wiederholte Zustimmung der Einzelstaaten. Er bekämpfe den Antrag nicht, weil er in der nächsten Zeit besonderen Schaden thun könnte, sondern weil die Antragsteller den Beweis führen könnten, daß sie ihnen nur darum zu thun sei, den Grundsatz der Souveränität des Reichstages festzustellen. Das sei die eigentliche Bedeutung des Antrages. Bollen sie man das begonnene Werk zunächst, und die Regierungen würden dann so vernünftig sein, auch zu dem ihre Zustimmung zu geben, was als notwendig erscheine. (Beifall rechts.)

Abg. Friedenthal: Er komme zu dem Resultat, daß eine Verfassungsänderung zulässig sei, sobald der Reichstag mit einfacher Majorität und der Bundesrath mit zwei Drittel Majorität zustimme. Er stehe auf dem Boden, diesem Antrage aus materiellen Gründen mit voller Seele zuzustimmen. Für ihn liege der Ernst des Antrages darin, daß dadurch der deutschen Wissenschaft wieder ein Boden gewonnen werde. Diesen Boden habe man verloren durch die Aufgabe des gemeinen Rechts. Mit dem Augenblick, wo der Antrag angenommen werde, würde auf unsern Akademien sich sehr bald wieder ein deutsches Rechtsleben entwickeln. Man sei mit diesem Antrage vollständig innerhalb des Rahmens

der Bundesverfassung. Dieselbe wolle Deutschland im norddeutschen Bunde schützen, die Wehrkraft organisiren, sie wolle den deutschen Wohlstand dadurch begründen, daß sie die materiellen Hilfsquellen öffnete, sie wolle aber auch ein einheitliches Rechtsleben begründen. Wollte man das deutsche Rechtsleben, welches seit Jahrhunderten verloren gegangen, wiederherstellen, so müsse man diesen Antrag annehmen.

Abg. v. Zehmen: Der Antrag überschreitet die Kompetenz des Reichstages. Führe man auf dem vom Antragsteller bezeichneten Wege fort, so werde in Deutschland bald Niemand mehr wissen, was Rechtens sei. Es sei immer sehr ängstlich gewesen, in die Verhältnisse des bürgerlichen Rechts durch die Gesetzgebung einzugreifen. Der Antragsteller werde nicht die Pflicht übernehmen wollen, Ersatz zu leisten für die Eingriffe in die bürgerlichen Verhältnisse. Hätte man tabula rasa, so würde es sehr leicht sein, ein gemeinsames Recht herzustellen. Sollte er sich für ein gemeinsames Recht erwärmen, so wolle er es nicht auf den norddeutschen Bund beschränken. Er könne nicht für den Antrag Miquel stimmen. Derselbe gebe entschieden weiter, als der Antragsteller ausgeführt habe, er gebe entschieden darauf hinaus, die gesamte Justiz- und Rechtspflege von den Einzelstaaten wegzunehmen und sie auf den Bund zu übertragen. Mache man noch die Verwaltung und die Polizei zur Bundesangelegenheit, so sei der Cirkel geschlossen und mit den Einzelstaaten sei es ein Ende.

Diese Bestrebungen stehe die überwiegende Mehrzahl des sächsischen Volkes entgegen; diese Tendenzpolitik führe dahin, den ganzen Bund zu besitzeln. (Dob!) Dieselbe liege aber weder im Interesse der Einzelstaaten, noch im Interesse des Bundes. Schauen Sie sich doch einmal (zu den Nationalliberalen) in der Welt um! Haben Sie etwa so viel Bundesgenossen, daß Sie Urtheile haben, diejenigen, die Sie haben, noch zu verlegen? Sie treiben ohne Weiteres in den centralisirten Staat hinein, in den absoluten, abstrakten Staat, und Sie werfen die Rechtsverhältnisse so durcheinander, daß sich dieselben nie und nimmer konsolidiren können; Sie vereinigen Deutschland zu einer großen Nation und Sie werfen einen Stein nach dem andern in den Weg zu einer friedlichen Vereinigung mit den süddeutschen Staaten.

Abg. Schulze (Berlin): Bei der Prüfung der Frage der Kompetenz komme es immer darauf an, wie man sich zur Verfassung stelle; der Reichstag werde immer die Kompetenz des Eingreifens suchen müssen. Abg. Wagener werde nicht geneigt sein, ein großes Prinzip aufzugeben, aber es verrathe ein schwaches Bewußtsein, wenn man nicht in eine Diskussion über solche Fragen eintreten wolle. Preußen sei im Bundesrath stark vertreten, solle man das preussische Bewußtsein nicht zur Geltung bringen können? Sein Bewußtsein treibe ihn, gerade im Gefühl der Wichtigkeit in die Sache einzutreten. Wie man bei so einfacher Sache dahin kommen könne, gewisse Andeutungen zu machen von Zerstückung des Bundes u., könne er nicht begreifen. Die Rede des Abg. v. Zehmen lasse eine vollständige Verkennung des historischen Prinzips erkennen; er glaube nicht, daß das sächsische Volk diese Ansichten theile.

Abg. Windthorst (Meppen): Er sei kein Gegner der gemeinsamen Gesetzgebung und Rechtsordnung, sowie sie in den Verhältnissen liege und auf legalem Wege geschehen könne. Es unterliege nun gar keinem Zweifel, daß zur Ausdehnung der Bundeskompetenz notwendig der Weg beschritten werde, auf welchem die Verfassung selbst zu Stande gekommen sei. Die Verfassung sei wesentlich entstanden auf dem Wege des Vertrages. Der Antrag habe die Basis und die Grenzen desselben bezeichnet, sowohl in der Vorlage Preussens, wie in den nachfolgenden Verträgen. Das preussische Abgeordnetenhaus habe die Verfassung angenommen und wolle gewiß nicht mehr von seiner Kompetenz verlieren, als in der Verfassung stand. Das sei ein starkes Moment gegen den Antrag, welcher aus anderen Staaten noch werden vervollständigt werden können. Der Bund tödte sich selbst, wenn man fortfahre den einzelnen Staaten nach und nach zu Leibe zu gehen. Man möge solche Dinge nicht auf die Spitze treiben. Die Antragsteller wollen das gesamte bürgerliche Recht gemeinsam machen. Es sei ihm aber zweifelhaft, wie die Antragsteller dies anfangen wollen. Man müsse über diese Frage doch einigermaßen klar sein, wenn man Beschlüsse fassen wolle, wie sie hier beantragt seien. Was könne Alles unter dem gemeinsamen bürgerlichen Recht verstanden werden? Er glaube, es sei nicht wohlgethan, ohne die geringste Noth immer an den Verfassungsbestimmungen zu rütteln. In einem Hause, in welchem alle Tage geklopft und gehämmert werde, wohne man nicht gern. Hätte er Autorität, so würde er die Reichsgemeinschaft bitten, endlich einmal mit der Arbeit einzuhalten.

Abg. Braun (Wiesbaden): Er wolle zunächst konstatiren, daß der Bundeskanzler ausdrücklich anerkannt habe, daß dem Reichstage die formelle Berechtigung zur Stellung solcher Anträge unabweisbar zustehe. Wer da sage, es sei jetzt mit der Sache aus, der leugne das

Jahr 1866 und die Bundesverfassung. Nach der Theorie des Abg. Windthorst könnten oktroirte Verfassungen auch nur auf dem Wege der Oktroirung geändert werden. Für Verfassungsänderungen müßte doch wohl eine oberste Instanz vorhanden sein, diese könnte aber nicht in den einzelnen Bundesvertretungen, sondern müßte in dem Reichstage liegen. Die Theorie Windthorst's sei eine Negation des norddeutschen Bundes; man könne ihn nicht beseitigen, deshalb wolle man ihn zurückschrauben auf die Theorie des alten Bundes. Man wolle den norddeutschen Bund mediatisiren unter die Einzelstaaten. Das seien die Theorien der Abgg. Windthorst und Zehmen. Er konstatire übrigens, daß in Sachsen auch ein Zwiespalt der Ansichten existire, denn der Antrag der sächsischen Regierung auf Einsetzung eines obersten Handelsgerichtshofes, enthalte auch eine Kompetenz-Erweiterung und einen Eingriff in alle obersten Gerichtshöfe des Bundes. Der Abg. v. Zehmen möge doch diesen Streit zunächst auf dem sächsischen Boden ausfechten. Er sei für den Antrag nicht leidenschaftlich bewegt, und wenn er für denselben spreche, so er dazu nur provoziert worden. Geben Sie durch Ihr Votum den Beweis, daß Sie nicht Anhänger des Herrn v. Zehmen sind.

Präsident Delbrück: Ich ergreife das Wort nur um zu konstatiren, daß der Natur der Sache nach die Bundesregierungen noch nicht in der Lage gewesen sind, über die vorliegende, unzweifelhaft eine Verfassungsänderung enthaltende Frage in Berathung zu treten. Ich bin also nicht im Stande, die Stellung der Bundesregierungen zu dieser Frage näher zu bezeichnen, und ich muß aus demselben Grunde auch Anstand nehmen, mich über die Stellung des Präsidiums auszusprechen, da diese wesentlich bedingt wird durch die Stellung des Bundesraths.

Abg. Schwarze (Sachsen) spricht gegen den Antrag vom juristischen Standpunkte. Die Diskussion wird geschlossen und es erhält das Wort der Antragsteller.

Abg. Lasker. Derselbe beruft sich zunächst auf die Urtheile der früheren Abgg. v. Wächter und Dr. Gerber, welche anerkannt hätten, daß die Ausdehnung dieser Gesetzgebung die partikuläre Existenz der Einzelstaaten nicht gefährde. Er weist, den Ausführungen des Abg. Windthorst gegenüber darauf hin, daß die Einzelstaaten nicht in der Lage gewesen wären, Abänderungen zur Bundesverfassung zu beschließen, sondern daß sie einfach „ja“ oder „nein“ zu der Verfassung zu sagen hätten. Nur der Reichstag habe das Recht, Abänderungen zur Verfassung zu beschließen. Der Abg. Dr. Zacharias habe gesagt: da, wo die Verfassung anfange, höre der Vertrag auf. Demnach geht der Redner näher auf die Äußerungen einzelner Redner bei Gelegenheit der Verfassungsberatung ein.

— Gebe es irgend eine Verfassung, welche nicht zur Fortentwicklung die Wege angiebt? Nach der Theorie des Abg. Windthorst würde der kleinste Staat das Recht haben, jeder Kompetenzerweiterung des Bundes zu widersprechen, und da würden wir auch nicht im Stande sein, uns anderweitig zu gemeinsamer Gesetzgebung zu vereinigen. Was fürchtet denn der Abg. Windthorst? Der Bundesrath muß ja jeder Verfassungsänderung mit zwei Drittel Majorität zustimmen. — Äußerungen, wie die des Abg. v. Zehmen führen zur Abrechnung über die Bundesstreue der einzelnen Bundesstaaten und diese gereichen niemals zur Befriedigung. Lange noch ehe der Bund geschaffen war, waren die einzelnen kleinen Staaten von selbst zusammengetreten, um über ein gemeinsames Civilrecht zu berathen. Es ist also durchaus nichts Schlimmes, was wir thun, weil wir die Rechtseinheit wollen, deshalb verlangen wir das Korrelat zum gemeinsamen Rechte, die gemeinsame Gesetzgebung. Ich empfehle meinen Antrag.

Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen wird die Ueberweisung des Antrages an eine Kommission abgelehnt. — Die zweite Berathung des Antrages wird in einigen Tagen stattfinden.

Darauf wird die Berathung der Gewerbeordnung fortgesetzt und ohne Diskussion die §§. 50—52 nach den Anträgen der Abg. Runge und v. Hennig angenommen und dadurch Lit. II. erledigt.

Schluß der Sitzung 2 3/4 Uhr. — Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung der Gewerbeordnung Lit. IV. u. f. f.

Deutschland.

Berlin, 19. April. Se. Majestät der König fuhrn gestern Vormittags 9 1/2 Uhr in Begleitung JJ. K.K. HH. des Kronprinzen und der Kronprinzessin, der Prinzessin Friedrich Karl, der Prinzen Albrecht, Albrecht (Sohn), Walbert, Alexander, Georg, des Prinzen August von Württemberg, Sr. H. des Herzogs und J. K. H. der Herzogin Wilhelm von Mecklenburg mit Extrazug nach Potsdam, wohnten dem Gottesdienste in der Garnisonkirche bei und nahmen demnach im Lustgarten die Kirchenparade über die Garde-Kavallerie der

Potsdamer Garnison ab. Nachmittags gegen 3 Uhr kehrten Se. Maj. mit den anderen höchsten Herrschaften hierher zurück. Nachmittags 5 Uhr fand bei den königlichen Majestäten Diner statt.

— JJ. MM. der König und die Königin werden dem Diner beizuwohnen, das Se. K. H. der Prinz August von Württemberg heute giebt.

— Die Abreise Sr. Majestät des Königs nach Bremen wird vorläufigen Bestimmungen zufolge am 18. Mai stattfinden. Von da gedenken Se. Majestät sich nach den Befestigungen an der Jade zu begeben und darauf die großen Schiffe — Panzerfahrzeuge — bei Kiel in Augenschein zu nehmen.

— Se. K. H. der Kronprinz begab sich am Freitag früh nach Potsdam, um der Befestigung des Garde-Jäger-Bat. und des Lehr-Inf.-Bat. beizuwohnen. Um 5 Uhr fand im Kronprinzenlichen Palais ein größeres Diner statt, zu dem Se. Hoh. der Erbprinz von Meiningen, JJ. K.K. HH. die Prinzen August und Wilhelm von Württemberg, die Herzogin von Manchester, der Oberpräsident a. D. Eichmann und andere hochgestellte Personen mit Einladungen beehrt waren. Nach dem Diner empfing Se. K. Hoh. den Finanzminister Frhrn. v. d. Heydt, während J. K. H. die Kronprinzessin die Vorlesung des Prof. Hoffmann mit Höchster Gegenwart beehrte. Abends begaben sich die höchsten Herrschaften auf den Anhalter Bahnhof, um den Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha bei seiner Durchreise zu begrüßen.

— Aus Paris wird berichtet, daß JJ. K.K. HH. der Prinz und die Prinzessin Karl am Freitage in den Tuilerien empfangen wurden. Von den Tuilerien begaben sich die hohen Herrschaften zum Prinzen Napoleon und zur Prinzessin Mathilde. Zwei Stunden später erwiderte der Prinz Napoleon dem Prinzen und der Prinzessin ihren Besuch.

— Se. K. H. der Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen wird sich dem Vernehmen nach morgen wieder nach Düsseldorf zurückbegeben.

— Das Staatsministerium trat gestern Mittag 1 Uhr unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck zu einer längeren Sitzung zusammen.

Danzig, 17. April. Der „Befr. Ztg.“ entnehmen wir Folgendes: Die Schraubenkanonenboote „Meteor“ und „Drache“, welche zum Ressort des Marine-Depots zu Stralsund gehören und bisher zu der hiesigen Werft detachirt gewesen, werden unter dem Kommando des Kapitän-Lieutenants v. Kall nunmehr nach Stralsund übergeführt. Das Kanonenboot „Meteor“ ist bereits in See gegangen, während das Kanonenboot „Drache“ noch im Laufe dieses Monats nachfolgen wird. — Sr. M. Panzerschiff „Arminius“ erhält ein sogenanntes Orland, welches zum Schutz der Mannschaft gegen überstürzende See dient. Da das eigentliche Deck kleinerer Panzerschiffe, wie der „Arminius“, nur einige Fuß über Wasser liegt, so bricht die See bei bewegtem Wasser darüber fort, und es ist deshalb erforderlich, daß die Befragung einen Platz habe, wo sie unter solchen Verhältnissen trocken sein kann. Das Orland liegt etwa 7 Fuß über dem gewöhnlichen Deck, reicht vom vordern zum hintern Thurm, hat eine Breite von 18 Fuß und ruht auf eisernen Stützen, zwischen denen das Wasser frei durchspülen kann. Die Aufschweller werden bis an das Orland hinaufgeführt. Es ist dies eine ganz ähnliche Einrichtung, wie sie der amerikanische Monitor „Miantinomon“ besaß, welcher vor einigen Jahren unsere deutschen Häfen besuchte, und wie sie bei allen Monitoren, welche Touren über See machen sollen, eingeführt wird, um sie fester zu machen und in den Stand zu setzen, zum Zwecke der Küstenverteidigung auch längere Fahrten zu machen.

Hannover, 18. April. (B. P. C.) Ein Theil der streikenden Arbeiter sowohl von Dr. Strousberg's Saline als auch von der Meinschen Wagenfabrik ist wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Obwohl Unterstützungsgelder für die streikenden Arbeiter als vorhanden angekündigt worden, ließen diese doch wie gewöhnlich auf sich warten, in Folge dessen ein Theil der Arbeiter an den stattgehabten Feiertagen sich begnügte, welche leider so wenig eingebracht. Der entschlossene Theil der Arbeiter beharrt bei seinen Forderungen und in den sich täglich folgenden General-Versammlungen werden nicht nur die Verräther, wie die zur Arbeit zurückgekehrten Leute bezeichnet werden, mit den schwersten Strafen bedroht, sondern man befehlt dieselben auch, daß in England solchen Verräthern gefüllte Pulverfässer zum Explodiren in die Fenster geworfen würden. Doch würde man nicht nöthig haben zu solchen Mitteln zu greifen, da laut Art. 1 der preussischen Verfassung jeder Preusse vor dem Gesetze gleich sei und die Regierung ihnen den Schutz gewiß nicht versagen würde, falls man sie polizeilich zur Arbeit zu zwingen suchen würde. — Wieder hat der General-Unternehmer Dr. Strousberg ein großartiges industrielles Etablissement in seine Hände gelangen lassen. Nicht genug, daß derselbe fast alle in der Nähe seiner Maschinenfabrik (früher Eggestorf'schen)

liegenden Grundstücke zu den höchsten Preisen kauft, sondern auch die bekannte Neustädter Hütte ging vorgestern durch Kaufkontrakt in die Hände Dr. Stroussbergs über. — Ein überaus reges Leben und Treiben hat sich seit einigen Wochen in Folge des zu Harburg stattfindenden Brückenbaues entwickelt. Unter den Brücken Deutschlands wird die von Harburg nach Hamburg zu erbaute in ihrer Vollendung wohl den ersten Rang einnehmen. Die Flusspfeiler werden 35 Fuß im Durchmesser enthalten. Um die Holzbegrenzung der Pfeiler in die Tiefe zu senken, sind drei große Dampfkränne in Thätigkeit gesetzt worden, doch soll man dabei auf Felsengrund gestoßen sein, welches Hinderniß nur durch Sprengung beseitigt werden kann.

Dresden, 19. April. Die „Dresdner Nachr.“ schreiben: In Hiesing und am Hofe des mit dem Thronfessel durchgebrochenen Churfürsten gab es vorige Woche allerhöchst verdächtige Gesichter, weil die Franzosen auch gar keine Anstalt machen, wie „der alte Zietzen aus dem Busch“ gegen Preußen „raus zu fahren. Im Gegentheil hat sich der französische Minister Lavallette ganz freundlich gegen Bismarck ausgesprochen und unter Anderem geäußert: „die friedliche Assimilation“ der Südstaaten mit dem Nordbunde werde sich schon machen, und Frankreich werde nichts dagegen haben. Ob sich jedoch Bismarck durch diese gebratenen Friedenstauben veranlaßt finden dürfte, schon jetzt „Gewehr beim Fuß“ oder gar „Rechts um kehrt“ zu machen, möchte vor der Hand noch zu bezweifeln sein, wie sehr sich auch die steuerzahlende Menschheit nach einem solchen Zeitpunkt sehnt.

Darmstadt, 19. April. Der von der großherzoglichen Oberstaatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Bambergers und Genossen in Mainz erhobene Kassationsrekurs wurde vom höchsten Tribunal verworfen.

Wien.

Wien, 17. April. Zum Börsenschwindel schreibt vom 15. die „N. Fr. Pr.“ Folgendes: „Die Situation der Börse ist seit drei Tagen immer dieselbe. Die neuen Emissionen haben früher den Markt demoralisiert, und nun, da die Tage der Liquidation gekommen sind oder vor der Thür stehen, deuten sie ihn. Wenn die Ziffern, zu welchen diese neuen Werthe im Coursblatt verzeichnet sind, nicht allzu erhebliche Veränderungen nachweisen, so beruht das gewissermaßen auf einer irrigen Voraussetzung, auf dieser nämlich, daß einige Schlüsse in einem oder dem anderen Papier vorgefallen sind, und diese vielleicht auch nur, um die Notierung zu ermöglichen. Thatsächlich aber sind alle diese neu geschaffenen Werthe in größeren Posten unverkäuflich, und heute, da mehrere derselben gleichzeitig zur Liquidation kamen, drückten sie den Markt und vertheuereten sie das Geld. Denn jedes der Emissions-Institute hielt es für eine Ehrensache, das von ihm patrontirte Effect in Prolongation zu nehmen, und da kam es wohl auch vor, daß andere Effecten gelündigt wurden. Diese gelündigten Effecten sind es, die dann zum Verkauf kommen, den Markt erschüttern, und wenn auch dann eine oder die andere der bereits festgelegten Banken die Börse beleben läßt, so ist die Wirkung einer solchen, nicht ohne Hintergedanken gemachten Anstrengung eine vorübergehende. Die Speculation hat eine empfindliche Lehre bekommen und ist vorläufig so gut wie lahm gelegt. Veräuflich sind außer den Aktien der Anglo-Oesterreichischen Bank, die jedoch wenig in Verkehr kommen, nur Kredit-Aktien und Aktien der Franco-Oesterreichischen Bank und in diesen beiden Effecten fand auch heute der größte Umsatz statt. . . . Wenn die „Gründer“, die noch immer täglich neue Projekte aushecken, die Rechnung nicht ohne den Werth machen wollen, so werden sie nun Acht darauf haben, was unsere Börse jetzt sagt. Ihre Sprache ist deutlich, denn offenkundig ist, daß hier nur die Ueberladung der Speculation mit den neuen Werthen sehr peinliche Kalamitäten erzeugt. Jetzt, wo die Papiere der neuen Schöpfungen erscheinen, jetzt, am Tage der Abrechnung, liegt Enttäuschung auf dem Antlitz der Speculanten, die sich vom Publikum verlassen sehen und nun an die Großmuth der Gründer appelliren.“

Wien, 19. April. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Ausprägung neuer Goldmünzen im Werthe von ganzen und halben Napoleons'ors.

Brüssel, 19. April. „Etoile Belge“ meldet, daß gestern eine neue Unterredung zwischen Frère-Orban und den französischen Ministern stattgefunden hat. — Auf Veranlassung der Arbeitseinstellungen hat die Verhaftung von drei Mitgliedern des belgischen Comité's der Association internationale stattgefunden, auch wurden bei denselben Hausdurchsuchungen angestellt.

Der Finanzminister Frère-Orban wird im Laufe dieser Woche zurückkommen. Die Verhandlungen haben kein Resultat ergeben. — Die Aufregung im Distrikte Borinage dauert fort, die Arbeitseinstellung hat an Ausdehnung gewonnen, eine neue Sendung von Truppen ist dorthin abgegangen.

Bern, 19. April. Das Volk von Zürich hat gestern mit 34,441 Stimmen gegen 22,351 Stimmen die neue Verfassung angenommen.

Paris, 15. April. Nicht bloß in den Tagesblättern, auch durch die belgischen Minister in der Kammer ist behauptet worden, daß die ligue internationale des travailleurs die jüngsten Arbeiter-Bewegungen und Krawalle angezettelt habe. Die gerichtlichen Untersuchungen werden die Wahrheit dieser

Angaben herausstellen. Es handle sich, wie es scheint, um nichts Geringeres, als um eine allgemeine „Erhebung der Arbeit gegen das Kapital.“ In Genf wurde die Sache zuerst in Angriff genommen. Jetzt spürt die „Internationale“ in Belgien, in Deutschland, und binnen Kurzem wird sie in England ihren Einfluß versuchen. Anfangs hatte dieser Verein seinen Hauptsitz in London; seit wenigen Jahren ist er nach Paris übergesiedelt, wo er sich hoher Protektionen, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, zu erfreuen scheint. Ich möchte ihn einen öffentlichen Geheimbund nennen, so wie es auch öffentliche Geheimnisse giebt. Der leitende Ausschuss besteht aus ehemaligen Arbeitern, die sich Vermögen genug erworben haben, um nicht mehr zu arbeiten. Nicht mit Unrecht versichern sie, daß die „Internationale“ tausende von Mitgliedern in allen Ländern zähle. Sie hat in der That Zweigvereine überall und ist deshalb eine wirkliche Gefahr für die Ruhe und Ordnung. Vielleicht wird ihr nicht allenthalben die erforderliche Beachtung geschenkt. Ihre pekuniären Mittel sind auch nicht unbedeutend. Was nun insbesondere die Ereignisse in Belgien betrifft, so suchen die hiesigen Chefs der „Internationale“ die Verantwortlichkeit derselben auf die französischen Agenten der Annerionspartei zu wälzen. Es findet hier und da Glauben, weil jener Theil von Belgien gerade derjenige ist, welchem, aus national-ökonomischen Gründen, eine Vereinigung mit Frankreich erwünscht sein würde.

Paris, 19. April. „France“ sagt, die Minister hätten erklärt, die Verhandlungen könnten ihren Fortgang nehmen, falls die französischerseits vorgeschlagene Basis für dieselbe angenommen würde; andernfalls sei eine Unterbrechung derselben vorzuziehen. Frère-Orban hat um schriftliche Mittheilung der französischen Vorschläge gebeten. — „Public“ sagt, der Kaiser habe Lavallette wegen seiner Friedensrede beglückwünscht.

Florenz, 19. April. Die „Nazione“ meldet, der Finanzminister Graf Cambrai-Digny habe eine Finanzoperation auf Grund der Kirchengüter abgeschlossen. — Der König Victor Emanuel und Prinz Napoleon werden im Laufe dieser Woche in Neapel zusammenzutreffen. — In der morgenden Sitzung der Deputirtenkammer wird der Finanzminister Bericht über die Finanzlage erstatten und die Finanzoperationen mit der Nationalbank im Betrage von 80 Millionen Lire, und mit den Kirchengütern im Betrage von 80 Millionen ankündigen. Die Deputirten sind jetzt in sehr großer Zahl eingetroffen.

Stettin.

Stettin, 20. April. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der „Chemischen Produktfabrik Pommerns“ sprach zunächst der Vorsitzende, Herr Kuhberg, seine Genugthuung aus, daß der Verwaltungsrath im Stande sei, den Aktionären abermals eine höhere Dividende zu offeriren. Demnach trug Herr Direktor Dießner den Geschäftsbericht pro 1868 vor, dem wir Folgendes entnehmen: Der Gesamtumsatz betrug 524,967 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf. (ca. 66,000 Thlr. mehr als 1867), der Bruttogewinn auf die 28 fabrizirten Artikel 146,309 Thlr. 26 Sgr. 2 Pf. Die Ausgaben beliefen sich: an Unkosten auf 40,008 Thlr. 14 Sgr., an Abschreibungen (11 pCt. auf die Fabrikgrundstücke, 20 pCt. auf Fabrikgeräthschaften) 27,280 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf. (Die Gesamtabschreibungen auf Grundstücke belaufen sich auf 79,021 Thlr. 1 Sgr. 4 Pf. gegen 76,421 Thlr. 1 Sgr. 4 Pf. im Vorjahre). Von dem verbleibenden Rest von 79,021 Thlr. 1 Sgr. 4 Pf. gehen ferner ab: Tantieme für den Direktor und die Chemiker 5642 Thlr., für den Verwaltungsrath 1080 Thlr. Zur Dividendenvertheilung mit 24 pCt. oder 120 Thlr. pro Aktie werden offerirt 72,000 Thlr. und der Rest von 299 Thlr. 1 Sgr. 4 Pf. soll auf Handlungsgeräthschaften-Konto abgeschrieben werden. Die Verwaltung besaß die der Direktion vom Verwaltungsrathe ertheilte Decharge, genehmigte die Vertheilung der proponirten Dividende sowie die Abschreibung des Restes auf Handlungs-Geräthschaften und wählte das auscheidende Mitglied des Verwaltungsrathes, Herrn Ernst Böttcher, durch Affirmation wieder. Nach der Bilanz stehen die Fabrikgrundstücke, einschließlich der vorjährigen Neubauten, ult. Dezember pr. mit 93,650 Thlr. 8 Sgr. 4 Pf., die Fabrikgeräthschaften, die z. B. unter Anderem im vorigen Jahre um einen Platinaessel im Werthe von 8950 Thlr. vermehrt sind, noch mit 62,822 Thlr. 13 Sgr. 2 Pf. zu Buch. Der Werth des am 31. Dezembers v. J. vorhandenen Lager's fertiger Fabrikate betrug nach dem Produktionspreise 145,003 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf., der Rohmaterialien 120,928 Thlr. 25 Sgr. 3 Pf. — Die Dividende ist vom 1. Juni ab zu erheben.

Die Wiederwahlen der Herren Karow, Warow, Eichel und Radloff, sowie die Neuwahlen der Herren Schöpferle und Rind zu unbesoldeten Stadträthen sind sämmtlich von der königlichen Regierung bestätigt. Herr Radloff hat inzwischen, wie gemeldet wird, sich schon von seinem Amte entbinden lassen, für ihn muß also noch eine Neuwahl stattfinden. — Mit dem 1. k. M. tritt in dem Geltungsbereich der allgemeinen Gerichtsordnung die neue Substitutions-Ordnung in Kraft, welche viele Erleichterungen einführt. Von Wichtigkeit ist namentlich die von den Gerichten in öffentlichen Bekanntmachungen hervorzuhaltende Bestimmung, daß in allen auch schon eingeleiteten nothwendigen Grundstücksveränderungen vom 1. k. M. ab die bisherigen Vorschriften über die Dauer des Verjährungstermins nicht mehr zur Anwendung kommen, da fortan die Verjährung nicht vor Ablauf einer

Stunde seit der Aufforderung zur Abgabe von Geboten und, falls mehrere Bieter aufgetreten sind, nicht eher geschlossen werden darf, als bis sich ein Meistbietender ergeben hat. Vor dem Schlusse der Versteigerung hat der Richter das letzte Gebot vernehmlich bekannt zu machen.

Bei der Entladung der Güter des Dampfers „Anna Paulowna“ am Pachhofe ist ein Ballen Kaffee im Bruttogewicht von 126 Pfd. abhanden gekommen und muthmaßlich gestohlen worden.

Der in der großen Wollweberstraße hieselbst wohnhafte Kolporteur Zibell hat sich seinem Brodherrn, dem hiesigen Buchhändler Paul Saunier gegenüber, der Unterschlagung von ca. 200 Thlr. dadurch schuldig gemacht, daß er den empfangenen Kaufpreis für eine Anzahl ihm zum Zwecke des Verkaufes übergebener Bücher sowie auch andere Beträge, mit deren Einziehung und Ablieferung er beauftragt war, an seinen Auftraggeber nicht abgeliefert, das Geld vielmehr für sich verbraucht hat.

Fräulein Rudolph, unsere beliebteste Solotänzerin, giebt zu ihrem, am nächsten Donnerstag stattfindenden Benefiz: „Kurnärker und Picard“ und „Jelva“. Im Zwischenakt wird Fräulein Rudolph einen neuen Tanz: „Venusreihen-Walzer“ ausführen.

Alt-Damm, 20. April. Für die lebensfrohe Jugend unseres leider sonst des geselligen Lebens entbehrenden Städtchens wurde im vergangenen Winter durch die von Herrn H. arrangirten Abendunterhaltungen, deren wesentlichen Bestandteil Männergesang, Solos angehender Virtuosen und Tanz ausmachen, zuvorkommend gesorgt. Am vergangenen Freitag fanden dieselben einen allseitig befriedigenden Abschluß. Der freundliche Herr St. hatte, um dem nicht unbedeutenden Kontingent der Damen eine besondere Anregung zu bereiten, sechs leichtfüßige Söhne Merkurs citirt, die auf dem Gebiet der Tanzgymnastik eine rührende Thätigkeit entwickelten. — Wie wir erfahren, soll diesmal in unserer Stadt das Provinzial-Sängerfest gefeiert werden.

Stralsund, 19. April. Auf dem Apollonienmarkt entstand heute Mittag in dem Laden des Klempnermeisters G., vermuthlich durch Unvorsichtigkeit, Feuer. Dasselbe hatte leicht große Dimensionen annehmen können, wenn es nicht glücklicher Weise von dem Hause gegenüber wohnenden Leuten entdeckt und sofort gelöscht worden wäre. Man schätzt den entstandenen Schaden auf ungefähr 15 bis 20 Thlr.

Bermischtes.

Florenz. „Von Lippe bis zu Bechers Rand, ein großer Abstand oft sich fand!“ sagt Shakespeare und auch in der folgenden Geschichte bewahrheitet sich der weisheitsfunde Spruch des großen Poeten. Herr Brandimarte Saletti, Munizipalitätssekretär von Florenz, übergab dem Bureaudienner seines Kabinet's ein Hundertfrankenbillet mit dem Auftrage, 20 Franken auf eine trockene Quaterne von vier Nummern in einem Lotteriebureau zu besetzen; er hatte diese Zahlenkombination schon lange verfolgt und Vertrauen zu ihr gewonnen. — Der Bureaudienner steckte das Billet in seine Tasche, vergaß aber den Auftrag und als er sich wieder darauf besann, war es zu spät, noch einen Einsatz im Lotteriebureau zu machen. Da er seine Nachlässigkeit Herrn Brandimarte Saletti nicht bekennen mochte, den er als Liebhaber vom Lotteriespiel kannte, so dachte er, es sei das Klügste, die Ziehung abzuwarten, und da wenig Wahrscheinlichkeit war, daß gerade diese Quaterne herauskommen würde, so tröstete er sich damit, Herr Saletti würde noch sehr erfreut sein, wenn er ihm die 100 Franken wiedergeben könne, die doch sonst verloren gewesen wären.

Als Herr Saletti am anderen Tage in sein Bureau kam, war er zu beschäftigt, um an sein Lotteriespiel zu denken und sich den Lotterietzettel vom Bureaudienner, in den er übrigens alles Vertrauen setzte, auszuhändigen zu lassen. Aber zur Stunde der Ziehung begab er sich nach dem nächsten Lotteriebureau und sah strahlend seine vier Nummern als Gewinner. Er war also der glückliche Besitzer von 1,200,000 Franken, da die trockene Quaterne sechszigmalig Mal den Einsatz bringt. — Außer sich stürzt Herr Saletti nach seiner Wohnung, wo er athemlos sofort das ihm widerfahrne Glück verkündet. Wir leisten darauf Bericht, die Freude der ganzen Familie zu schildern, die einen weinten, andere lachten und sprangen wie besessen umher. Man umarmte sich, drückte sich die Hände, konnte sich in das eigene Glück gar nicht finden, man glaubte zu träumen. — Und in der That träumte man, das sollte bald zu Tage kommen. Als er wieder nach dem Rathhause ging, begegnete ihm der Syndikus Peruzzi und der Graf Digny, denen er sein Abenteuer erzählte und sich von ihnen beglückwünschen ließ. Graf Digny sagte, als sie sich von ihm trennten: Lieber Saletti, Sie gerade fehlen uns noch, um die sonst schon traurige Staatskasse noch leerer machen zu helfen! — Der jetzt zum Millionär gewordene Munizipalitätssekretär eilte schnell in sein Bureau, er schellte, als wenn Feuer im Hause wäre, dem Bureaudienner, die Thür öffnete sich und der letztere trat blässer wie der Tod ein. — „Geben Sie mir schnell den Lotterieschein!“ — Hier sind die 100 Franken, welche der Herr Sekretär mir gegeben, antwortete zitternd der Unglückliche. — „Was für 100 Franken? Ich will meinen Lotterieschein!“ — Machen Sie mit mir, was Sie wollen, rief der Bureaudienner, schicken Sie mich auf die Galeeren, lassen Sie mich quälend, — denn ach, ich habe vergessen, in die Lotterie zu setzen. — Man denke sich die Betäubung, den Schreck, die Wuth des Herrn Brandimarte Saletti. — Noch vor einer Stunde Millionär und jetzt in den Abgrund der Enttäuschung hinabgeschleudert! Es ist aber auch

zum Sterben oder Verrücktwerden! Wir sind so glücklich, melden zu können, daß Herr Saletti bis jetzt noch lebt und bei Verstand geblieben ist.

— (Telegraphen und Büffel.) Der größte Feind, den die Telegraphen in den nordamerikanischen Prairien haben, sind die Büffel. Nicht etwa als wollten diese sich dem Vordringen der Kultur widersetzen, im Gegentheil, sie sehen die Errichtung der Telegraphenstangen mit großem Vergnügen; denn diese bieten ihnen die seltene Gelegenheit, sich an ihnen — zu fressen; allerdings sehr zum Schaden der Telegraphen-Kompagnien; denn durch dieses Experiment wurden täglich einige Meilen Draht heruntergeschüttelt. Aus diesem Grunde kaufte man in St. Louis und Chicago alle Sattlerahnen auf, die nur aufzutreiben waren, und schlug sie rings in die Posten. Dies half, d. h. nicht der Kompagnie, wohl aber den Büffeln. Zum ersten Male fanden sie etwas, was ihr dickes Fell wirklich und ordentlich kitzelte; sie liefen meilenweit, um einen Telegraphenposten und die Sattlerahnen zu finden, und war einer gefunden, so wurde gekratzt, so lange die Aple ganz war oder der Posten stand. Die Nachfrage nach Sattlerahnen soll denn auch in letzter Zeit sehr nachgelassen haben.

— Monsieur A. Chevalier, der berühmte Lustschiffer, ist jüngst in Newyork eingetroffen, um von dort am 31. Juli seine große Lustreise über den atlantischen Ocean zu unternehmen. Mehr als 100 Personen haben sich bei ihm gemeldet, welche ihn auf dieser gefährlichen Fahrt begleiten wollen. Der dafür festgesetzte Preis beträgt 250 Dollars. Mr. Chevalier beabsichtigt aber nur solche Personen mitzunehmen, die vermöge ihrer geistigen und physischen Fähigkeiten im Stande sind, ihn in seinen wissenschaftlichen Beobachtungen, welche den Hauptzweck seines fähigen Unternehmens bilden, zu unterstützen.

Viehmärkte.

Berlin. Am 19. April er. wurden auf hiesigen Viehmarkt an Schlachtvieh zum Verkauf angetrieben: An Rindvieh 2313 Stück. Die Zutriften waren außergewöhnlich stark, obgleich umfangreiche Ankäufe nach Hamburg und den Rheinlanden gemacht wurden, so blieb der Handel im Allgemeinen nur sehr flau und theilnehmend, beste Qualität konnte nur den höchsten Preis von 16 bis 17 $\frac{1}{2}$, mittel 12—14 $\frac{1}{2}$, ordinär 9—11 $\frac{1}{2}$ pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen, dennoch konnten die Bestände nicht geräumt werden.

An Schweinen 2884 Stück. Die Preise stellten sich bei milder starken Zutriften für beste Kernwaare auf 18 $\frac{1}{2}$, Exportgeschäfte fanden nicht statt. An Schafen 9290 Stück. Schwere und fette Hammel wurden für Exportgeschäfte angekauft, doch stellten sich die Preise dafür niedriger als vorige Woche, es blieben eine bedeutende Anzahl Hammel unverkauft.

An Kälbern 1211 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr doch nur zu gedrückten Preisen aufgeräumt wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 18. April. Angekommene Schiffe: Gulda, Bücking von Stevens. Heinrich Robert, Will von Bremen. Max Wilhelm, Peters von Pfab. Elise Kruse, Alling; 3 Benver, Anderen; Enigebden, Rymann; Cécile, Nielsen; Eward, Meislahn von Kopenhagen. Anna Catharina, Nielsen von Bergen. Emanuel, Bubbe von Helsingburg. Friederike, Ludwig; Maria, Stein von Kopenhagen. Abelson, Mathiesen von Randers. Anna Catharina, Jensen von Joesford. Borussia (SD), Eyde von Königsberg. Holfatia (SD), Laube von Kiel. Vineta (SD), Lauter von Königsberg. Ceres (SD), Braun von Danzig.

— 19. April. Scott's Drube, Allen von Philadelphia. Anna, Samsel von Rügenwalde. Meta, Siemert von Riemel. Selma, Rasse; Strunfse, Kraft von Kopenhagen. Vornwärts, Mann von Helsingborg. Reform, Buß von Bordeaux. Foffnung, Risse von Aeroeskoeping. Ausßen Gesselina de Bries von Rotterdam. Primus, Lindstroem von Westervick. S. P., Prion von Rotterdam. Cato (SD), Cole von Hull. Danzig (SD), Winckler von Leith.

19. April. Friederike, Tjaarts von Burntisland. Söstrate, Jensen von Ewanel. Alice, Scharing; Minerva, Rathle von Stolpmünde. Maria, Behlow von Rügenwalde. Hermann (SD), Klock von Riga. Courier, Hansen von Sunderland.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. April. Witterung: schön. Wind SW Temperatur + 13° R. Barometer 28" 1".

An der Börse. Weizen ruhig, per 2125 Pfd. loco gelber inländ. 64—67 $\frac{1}{2}$, hunder poln. 62—64 $\frac{1}{2}$, weiger 64—66 $\frac{1}{2}$, ungar. 53—60 $\frac{1}{2}$, 83—85 $\frac{1}{2}$ gelb. Frühl. 65 $\frac{1}{2}$, 66 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Mai-Juni 65 $\frac{1}{2}$, 66 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Juni-Juli 66 $\frac{1}{2}$, 67 bez. u. Br., Juli-August 66 $\frac{1}{2}$, bez. u. Br., 67 Br.

Roggen wenig verändert, per 2000 Pfd. loco 51 bis 52 $\frac{1}{2}$, Frühl. 51 $\frac{1}{2}$, 52 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Mai-Juni 50 $\frac{1}{2}$, 51 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Juni-Juli 50 $\frac{1}{2}$, 51 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Juli-August 48 $\frac{1}{2}$, 49 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., September-Oktober 47 $\frac{1}{2}$ nom.

Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 37—42 $\frac{1}{2}$, schles. u. bessere ungar. 45—46 $\frac{1}{2}$.

Safer unverändert, pr. 1800 Pfd. loco 32 $\frac{1}{2}$ —35 $\frac{1}{2}$, 47—50 $\frac{1}{2}$ Frühl. 35 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 34 $\frac{1}{2}$ bez. Erbsen flau, pr. 2250 Pfd. loco Futter 52 $\frac{1}{2}$, bis 53 $\frac{1}{2}$, 54, 55—58 $\frac{1}{2}$, Frühl. Futter 54 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 53 $\frac{1}{2}$ bez.

Rübsen fest und höher, loco 10 $\frac{1}{2}$, 11 $\frac{1}{2}$ Br., April-Mai 10 $\frac{1}{2}$ bez., Mai 10 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 10 $\frac{1}{2}$ bez., Sept.-Okt. 10 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., 10 $\frac{1}{2}$ Ob. Spiritus nahe Termine fest und höher, loco ohne Faß 15 $\frac{1}{2}$, 16 $\frac{1}{2}$ bez., Frühl. 15 $\frac{1}{2}$, 16 $\frac{1}{2}$ bez. u. Ob., Mai-Juni 15 $\frac{1}{2}$, 16 $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 16 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 16 $\frac{1}{2}$ bez.

Ange meldet: 150 Bispel Weizen, 50 Bispel Roggen, 150 Bispel Hafer, 50 Bispel Erbsen, 200 Ctr. Rübsen, 20,000 Quart Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 66, Roggen 51 $\frac{1}{2}$, Hafer 35, Erbsen 54, Rübsen 10 $\frac{1}{2}$, Spiritus 16.

Landmarkt. Weizen 62—69 $\frac{1}{2}$, Roggen 50—54 $\frac{1}{2}$, Gerste 44—48 $\frac{1}{2}$, Hafer 32—36 $\frac{1}{2}$, Erbsen 53—58 $\frac{1}{2}$, Senf 17 $\frac{1}{2}$ —22 $\frac{1}{2}$, pr. Centner, Stroh 6—8 $\frac{1}{2}$, Kartoffeln 13—15 $\frac{1}{2}$.